

Offensive“ (Beschäftigungsgipfel der Paritätischen Kommission im Februar 1996) wird im Anhang beigefügt.

Diese Studie stellt also nur einen Baustein, d. h. eine Ergänzung zur Standortstudie, dar. Es muß unterstrichen werden, daß Beschäftigung und Arbeitslosigkeit nicht bloß Probleme des Arbeitsmarktes, sondern vielmehr der Wirtschaftsentwicklung und damit auch der Wirtschaftspolitik sind. Arbeitsmarkt- und bildungspolitische Ansätze sind zwar notwendig, aber nicht ausreichend zur Steigerung der Beschäftigung.

Die Arbeit des Beirats ist in sechs Kapitel aufgeteilt: Nach der vorliegenden Einleitung und den Empfehlungen bzw. Schlussfolgerungen folgt ein Teil zur Entwicklung des Arbeitsmarktes, insbesondere auch in sektoraler Hinsicht. Das dritte Kapitel befaßt sich mit der Qualifizierung der Arbeitskräfte, konzentriert auf die berufsbegleitende Weiterbildung und anknüpfend an die Beiratsstudie „Qualifikation 2000“. Der vierte Teil widmet sich dem Thema Arbeitszeit und Beschäftigung und schließt an die beiden Beiratsstudien über „Arbeitszeitentwicklung“ und „Öffnungszeiten“ an. Das fünfte Kapitel geht auf jene, vor allem Dienstleistungs-, Bereiche ein, für die sich der Beirat für die Zukunft ein hohes Beschäftigungspotential erwartet. Das sechste Kapitel schließlich widmet sich der aktiven Arbeitsmarktpolitik.

## **1.2. Wirtschaftswachstum und Arbeitsmarktentwicklung**

Österreich ist es, nicht zuletzt aufgrund des Wirkenlassens der automatischen Stabilisatoren, d. h. das kurzfristige Durchschlagen rezessionsbedingter Steuerausfälle auf das Budgetdefizit, gelungen, die letzte Rezession ('92/'93) zu dämpfen und die Arbeitslosenrate im europäischen Vergleich niedrig zu halten. Eine solche Politik verhindert das Entstehen einer Sockelarbeitslosigkeit, die sich dann strukturell verfestigt und auch im Konjunkturaufschwung kaum mehr abbauen läßt.

Dennoch ist die Beschäftigung in Österreich wie in ganz Europa zu einem vordringlichen Anliegen der Politik geworden. Die Arbeitslosigkeit steigt in jedem Konjunkturabschwung, im Aufschwung geht sie kaum zurück, was auf ein strukturelles Problem schließen läßt. In der Industrie bleibt die Produktionssteigerung seit Jahren weit hinter dem hohen Produktivitätswachstum zurück. Auch in Zukunft muß damit gerechnet werden, daß die Beschäftigung in der Industrie weiter deutlich zurückgehen wird. Einen quantitativen Ausgleich für die schwindenden Arbeitsplätze in der Industrie könnten insbesondere die Bereiche wirtschaftsnahe, soziale und persönliche Dienstleistungen bieten. In Österreich ist vor allem der Anteil wirtschaftsnaher Dienstleistungen relativ niedrig, hier scheint noch ein beträchtlicher Expansionspielraum zu bestehen.

Derzeit ist, bei gegebener durchschnittlicher Arbeitszeit, ein Wirtschaftswachstum von etwa 2% erforderlich, um den Beschäftigungsstand zu halten. Da aber das Angebot mittelfristig um rund 0,5% wächst, müßte die Wirtschaft um etwa 2,5% wachsen, damit die Arbeitslosenquote konstant bleibt. Das entspricht etwa optimistischeren mittelfristigen Wachstumsprognosen. Wirtschaftswachstum allein wird also wahrscheinlich nicht ausreichen, um die Ar-

beitslosigkeit signifikant abzubauen. Es wird auch eine Erhöhung der Beschäftigungsintensität des Wachstums notwendig sein, z. B. durch Ausweitung arbeitsintensiver Dienstleistungen.

Während die Zahl der Arbeitsplätze weiterhin von der wirtschaftlichen Dynamik abhängt, hat sich die Arbeitslosigkeit teilweise von der Beschäftigungsentwicklung abgekoppelt. Die Erfahrung zeigt, daß das Arbeitsangebot in Österreich stark im Konjunkturverlauf schwankt: Im Abschwung dämpft der Rückzug von Erwerbstätigen den Anstieg der Arbeitslosigkeit; im Konjunkturaufschwung geht die Arbeitslosigkeit jedoch nur langsam zurück, weil zusätzliche Arbeitskräfte – insbesondere Ausländer und Frauen aus der stillen Reserve – auf dem Arbeitsmarkt auftreten.

Die rapide Erhöhung des Angebots an ausländischen Arbeitskräften, nicht zuletzt in Folge der Ostöffnung, zu Beginn der neunziger Jahre hat gezeigt, welche Spannungen eine sprunghafte Angebotssteigerung nach sich ziehen kann: insbesondere Abbau von älteren inländischen Arbeitskräften und steigende Arbeitslosigkeit von bereits ansässigen Ausländern. Die künftige Ausländerbeschäftigungspolitik ist daher so zu gestalten, daß negative Effekte auf die Arbeitslosigkeit vermieden werden (geordneter Zugang).

Schließlich sind die regionalen Unterschiede in den Arbeitslosenquoten sehr hoch. Notleidende alte Industriegebiete und ländliche Regionen sind besonders betroffen. Die wirtschaftliche Integration führt zu einer Verschärfung der regionalen Disparitäten und damit zu einer steigenden Bedeutung der Regionalpolitik.

### **1.3. Hohe Dynamik des österreichischen Arbeitsmarktes**

Die Dynamik des österreichischen Arbeitsmarktes ist größer, als vielfach angenommen wird. Selbst bei unveränderter Gesamtbeschäftigung gehen pro Jahr mehr als 100.000 Arbeitsplätze durch Beschäftigungsabbau in schrumpfenden Betrieben und durch Stilllegungen verloren, gleichzeitig entstehen 100.000 neue Arbeitsplätze. Zu etwa zwei Dritteln vollziehen sich die Arbeitskräfteumschichtungen innerhalb der einzelnen Branchen.

Nicht nur die zwischenbetriebliche Mobilität ist in Österreich relativ hoch, auch der Wechsel zwischen Beschäftigung und Arbeitslosigkeit ist häufig – selbst wenn man saisonale Bewegungen ausschaltet. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit ist auch durch steigende „Sucharbeitslosigkeit“ mitverursacht.

### **1.4. Schattenwirtschaft**

Die Schattenwirtschaft (widerrechtliche Nichtanmeldung bei der Sozialversicherung, Schwarzarbeit, Pfusch, Geschäfte ohne Rechnung) stellt eine unfaire Konkurrenz für Betriebe wie Arbeitnehmer dar. Insbesondere kleine und mittlere Betriebe sind weniger dem globalen Wettbewerb als der Konkurrenz der Schattenwirtschaft ausgesetzt.

Durch die Kapitalmobilität wurden die Möglichkeiten der Steuerumgehung wesentlich erhöht. Der Versuch der Kompensation der steuerlichen Ausfälle